

Angriff auf die Solarförderung – Rösler riskiert die Energiewende!

Grüne Argumente für die EEG-Förderung

Der Ausbau der Solarenergie boomt. Das ist gut für die Umwelt – aber die Energieverbraucher bezahlen über die sogenannte EEG-Umlage die aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) resultiert, auch mit bei der Energiewende. Das nimmt nun Wirtschaftsminister Rösler zum Anlass für einen Generalangriff auf das EEG und die Energiewende. Und das obwohl er selber mit den vielen Ausnahmen für die Großverbraucher für höhere Kosten bei allen anderen Verbrauchern gesorgt hat. Ganz offensichtlich will er die Energiewende stoppen. Durch seine Forderung, das EEG durch ein Quotensystem zu ersetzen, gefährdet er hunderttausende Arbeitsplätze in der Erneuerbare-Energien-Branche.

Wir halten dagegen:

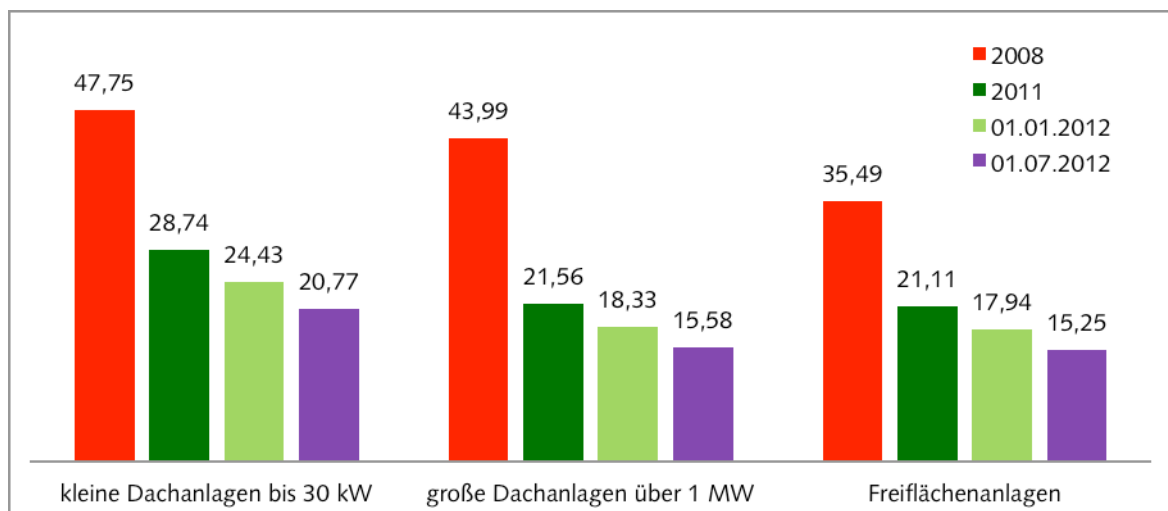
- 1. Das EEG ist für die Verbraucher kostengünstiger und führt zu einem schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien als andere Fördersysteme.**
- 2. Die Probleme mit dem EEG werden durch falsche Anreize und Signale von Schwarz-Gelb und die vielen Ausnahmen für die Industrie verursacht.**
- 3. Aktuelle Preisanhebungen durch viele Stromversorger haben nichts mit dem EEG zu tun. Sie gehen zurück auf die von der Bundesregierung durchgesetzte großzügige Befreiung der Industrie von den Netzentgelten, die von den Privatkunden gegenfinanziert werden muss.**

Sachstand EEG

1. Das EEG hat sich als effizientestes Förderprogramm für erneuerbar erzeugten Strom bewährt. Mit dem EEG konnte ein Zuwachs der Erneuerbaren Energien (EE) von einem Anteil an der Stromerzeugung von 4,7 % 1998 (damals vor allem Wasserkraft) auf 20% 2011 erreicht werden. Windstrom an Land ist heute mit 6-8 ct/kWh an der Schwelle zur Wirtschaftlichkeit, beim Solarstrom sind die Erzeugungskosten seit 2008 um rund die Hälfte gesunken.
2. Ob und wie weit der neuerliche Solarboom die EEG-Umlage in die Höhe treibt, ist fraglich. Zum einen wurden trotz des Booms nur 1.000 MW mehr installiert als für die Berechnung der EEG-Umlage 2012 angenommen wurde. Zum anderen wurde bei der Festlegung der EEG-Umlage für 2012 der Stand des EEG-Kontos vom 30. September 2011 berücksichtigt, das damals ein Minus von 711 Mio. Euro aufwies. Über das EEG-Konto wickeln die Übertragungsnetzbetreiber die Zahlungen an die Betreiber von EEG-Anlagen sowie die Einnahmen über die EEG-Umlage ab. Ende September 2011 gab es hier ein Minus, da den Sommer über vor allem relativ teurer Solarstrom bezahlt werden musste. Mit dem

rückläufigen Solaranteil sinken die monatlichen Zahlungen nach dem Sommer naturgemäß. Tatsächlich wies das Konto daher am Jahresende ein kleines Plus von 80 Mio. Euro auf. Im EEG-Konto stehen für 2012 also 791 Mio. Euro mehr zur Verfügung als ursprünglich angenommen. Aus diesem Puffer kann die Vergütung für den zusätzlichen Strom aus Photovoltaikanlagen bestritten werden.

3. Die Degression, also die jährliche Absenkung der Vergütungssätze, die Anlagen, die in diesem Jahr ans Netz gehen, dann 20 Jahre lang erhalten, hat bereits zu einer erheblichen Kostensenkung geführt (siehe Grafik 1) und bewirkt weiterhin eine Kostenbegrenzung. So wird bis zur Jahresmitte die Solarstromförderung um 27,75 % abgesenkt. Pro kWh PV-Strom werden dann bei Kleinanlagen noch rund 20 ct/kWh, bei Freiflächenanlagen nur noch ca. 15 ct/kWh an EEG-Vergütung gezahlt werden. Der Mechanismus funktioniert also bestens.
4. Die von Kritikern prophezeite Kostenexplosion wird es daher nicht geben. Das belegt auch die sehr geringe Erhöhung EEG-Umlage zum Jahreswechsel um 0,04 ct/kWh trotz eines Zubaus von über 7.000 MW Solarstrom in 2010.



Am Erneuerbaren-Energien-Gesetz liegt der steigende Strompreis also nicht in erster Linie!

Kostentreibend wirkt zurzeit nicht der EE-Ausbau, sondern die falsche Weichenstellung durch Schwarz-Gelb:

- Netzbetreibern wurde eine Liquiditätsreserve eingeräumt, die die EEG-Umlage um 0,08 ct angehoben hat. Dieser neu eingeführte „Geldpuffer“ soll verhindern, dass Übertragungsnetzbetreiber in Zeiten mit einem negativen Stand des EEG-Kontos (s. o.) in Vorleistung für die zu zahlenden Vergütungen an die Anlagenbetreiber treten müssen. Gebraucht wird der

Grafik 1: Photovoltaikförderung in Cent/kWh

Puffer nicht, nutzen tut er nur den Netzbetreibern, dennoch müssen die Verbraucher ihn finanzieren.

- Zusätzlich wird die so genannte „Marktprämie“ die EEG-Umlage um mindestens 0,03 ct angehoben. Diese ebenfalls von Schwarz-Gelb neu eingeführte Prämie erweitert die Direktvermarktungsmöglichkeiten für EEG-Strom. Ökostrom, der sonst über die EEG-Umlage vergütet würde, soll vom Erzeuger oder einem Händler direkt an der Strombörse verkauft werden. Als Anreiz wird die Differenz zur EEG- Vergütung finanziell ausgeglichen und zusätzlich eine Managementprämie gezahlt. Das Ergebnis: Der direktvermarktete Ökostrom ist für Verbraucher teurer, als wenn er über das EEG vergütet würde.
 - Immer mehr (Groß-)Unternehmen werden von der EEG-Umlage befreit, die Kosten werden auf die anderen Energieverbraucher umgewälzt. Aktuell bedeutet das eine Mehrbelastung von ca. 0,05 ct/kWh für Klein- und Mittelständische Unternehmen und Privathaushalte.
5. Ein Förderdeckel für Photovoltaik-Anlagen von 1000 MW/Jahr hätte kaum Wirkung. Bis 2016 würde der Haushaltsstrompreis um lediglich 0,3 ct/kWh verringert. Betroffen wären davon allerdings nicht nur die Hersteller von Modulen, sondern auch die zahlreichen Installationsbetriebe und die Maschinenbauern, die ihre Fertigungsanlagen auch nach China u.a. liefern.

Welchen Nutzen bringt das EEG?

- EE-Strom führt an der Börse zu einer Preissenkung von durchschnittlich 0,5 ct/kWh, etwa ein Drittel davon geht auf Solarstrom zurück.
- Von dieser Preissenkung profitiert insbesondere die stromintensive Industrie, für die der Börsenpreis maßgeblich ist. (Gleichzeitig erhöht der sinkende Börsenpreis die EEG-Kosten. Denn die EEG-Umlage berechnet sich aus der Differenz zwischen Börsenstrompreis und Erzeugungspreis für EEG-Strom. Niedrige Börsenpreise vergrößern die Differenz, die EEG-Umlage steigt. Hier wäre eine Novellierung der Gesetze wirklich nötig, da so die Erneuerbaren Energien durch den eigenen Erfolg belastet werden.)
- Arbeitsplätze (ca. 380.000) sowie Steuereinnahmen konzentrieren sich mehr und mehr auch in Handwerk und Dienstleistung. Nur isoliert die (Solar-)Industrie zu betrachten, wie es die Kritiker tun, greift zu kurz. Selbst wenn chinesische Solarmodule installiert werden, verbleiben 80 % der Wertschöpfung bei der deutschen Wirtschaft.

Gibt es Alternativen zum EEG?

1. Deckelung der Solarförderung - wurde in Spanien eingeführt. Dies führte zu einem totalen Zusammenbruch der Solarbranche in Spanien. Da es keine Investitionssicherheit mehr gibt, kauft niemand mehr Solaranlagen.

2. Das Quotenmodell, bei dem Energieversorger einen festen Anteil an EE-Strom anbieten müssen und diesen zu einem festen Vergütungssatz einkaufen, wurde in Großbritannien eingeführt. Die Vergütung liegt hier bei 10,1 Cent/kWh. In Deutschland beträgt die Vergütung für moderne Windkraftanlagen an Land rund 6 Cent/kWh, ist also deutlich günstiger. Eine Quote hieße de facto: man würde die Solarförderung beenden um eine Überförderung der Windenergie zu erhalten.

Grüne Position

1. Wir GRÜNE wollen den Ausbau der Solarenergie mit Augenmaß voranbringen. "Solar-Schlussverkäufe" wie im letzten Dezember gilt es deshalb durch verlässliche Rahmenbedingungen zu verhindern, der Jahresausbau soll unter 5.000 MW gehalten werden. Damit wird eine Kostenexplosion verhindert. Das immer wieder neu aufflammende Gerede um einen Deckel oder eine Quote muss dazu aufhören.
2. Die "atmende Degression" – also die Kürzung der EEG-Vergütung in Abhängigkeit von der Marktentwicklung (viel Zubau, höhere Kürzung und umgekehrt) - ist das richtige Instrument. Mit der bereits feststehenden Kürzung der Solarvergütung um mehr als ein Viertel bis Mitte des Jahres werden die Kosten sehr stark verringert und der Ausbau der Solarstromerzeugung wird in einem Korridor gehalten, der breite gesellschaftliche Akzeptanz findet.
3. Wir wollen eine schnellere Anpassung der EEG-Vergütung an die Marktentwicklung. Überzogene Renditen durch raschen Preisverfall darf es nicht geben. Die Anpassung der Vergütung sollte nicht halb-, sondern vierteljährlich erfolgen.
4. Die Einführung eines Förderdeckels wird von uns abgelehnt, da er – wie das Beispiel Spanien zeigt – zum Zusammenbruch des Marktes und der Solarwirtschaft führen würde.
5. Die Quote würde zum Zusammenbruch bei Solar-, Wind-Offshore und Biogas-Strom führen, wäre ökonomisch und klimapolitisch kontraproduktiv und würde die Energiewende stoppen.